

Berlin, 5. Juni 2014

Sehr geehrter Herr Außenminister,

es ist gut, dass ein Jahr nach den Enthüllungen von Edward Snowden nun endlich ein transatlantischer Cyberdialog beginnt, an dem auch zivilgesellschaftliche Organisationen beteiligt werden.

Wir sind allerdings sehr erstaunt, dass über den Schutz der Privatsphäre und den gesamten Komplex NSA offensichtlich nicht gesprochen werden soll. Dabei ist die anlasslose Massenüberwachung von Kommunikation durch die NSA der eigentliche Auslöser für den Dialog gewesen.

Ein sinnvoller Dialog zwischen Deutschland und den USA muss folgende Punkte unbedingt umfassen:

- Wie kann der volle Grundrechtsschutz für deutsche und US-Bürger wieder hergestellt werden?
- Wie stellen unsere Länder die rechtsstaatliche und demokratische Kontrolle unserer Geheimdienste sicher?
- Wie können Whistleblower angemessen geschützt werden?
- Wie kann sichergestellt werden, dass besonders schutzwürdige Gruppen wie Menschenrechtsorganisationen in Zukunft sicher kommunizieren können?
- Wie wollen die deutsche und die US-Regierung sicher stellen, dass Journalisten und Rechtsanwälte sich auf ihren besonderen gesetzlichen Schutz verlassen können?

Damit beim Cyberdialog nicht nur geredet wird, sondern auch Ergebnisse erreicht werden, müssen aus unserer Sicht unbedingt folgende Gruppen beteiligt sein:

- Die Parlamente als kontrollierende Instanz in einer demokratischen Gewaltenteilung.
- Die politisch Verantwortlichen für die Nachrichtendienste, wie das Bundeskanzleramt, Bundesjustizministerium und Bundesinnenministerium sowie die entsprechenden Ministerien auf der US-Seite.
- Die Zivilgesellschaft, auch schon bei der inhaltlichen Planung des Dialogs.

Eine sinnvolle Beteiligung müsste die Zivilgesellschaft in ihrer ganzen Breite abbilden. Sie sollte in die Vorbereitung des Dialoges einbezogen werden, indem sie ein thematisches Vorschlagsrecht für die Tagesordnung erhält und ausreichend Zeit für Redebeiträge und zur Diskussion ihrer Sichtweisen bekommt.

Es gibt eine lebhaftere Diskussion in der Zivilgesellschaft über den Sinn einer Teilnahme an einem Cyberdialog, wie Sie ihn derzeit planen. Neben den geschilderten inhaltlichen Fragen trägt dazu auch Ihre anscheinend selektive Einladungspraxis bei.

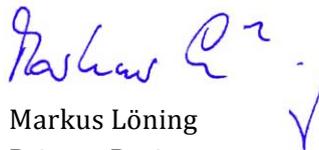
Wir gehen davon aus, dass Sie – genau wie wir – ein Interesse an einem sinnvollen Cyberdialog haben und erwarten deshalb von Ihnen eine Berücksichtigung unserer Punkte.

Wir weisen darauf hin, dass wir diesen Brief auch veröffentlichen.

Mit freundlichen Grüßen



Christian Mihr
Reporter ohne Grenzen



Markus Löning
Privacy Project



Selmin Çalışkan
Amnesty International Deutschland



Michael Konken
Deutscher Journalisten-Verband e.V.



Sven Lüders
Humanistische Union



Alexander Sander
Digitale Gesellschaft e.V.

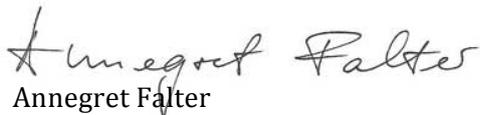
Reporter ohne Grenzen • Privacy Project • Amnesty International Deutschland
Deutscher Journalisten-Verband e.V. • Humanistische Union • Digitale Gesellschaft e.V.
Deutsche Journalistinnen- und Journalisten-Union, dju in ver.di
Berliner Anwaltsverein • Whistleblower-Netzwerk (WBNW)



Cornelia Haß
Deutsche Journalistinnen-
und Journalisten-Union, dju in ver.di



Ulrich Schellenberg
Berliner Anwaltsverein



Annegret Falter
Whistleblower-Netzwerk (WBNW)

Ansprechpartner:

Christian Mihr, christian.mihr@reporter-ohne-grenzen.de

Markus Löning, mloening@stiftung-nv.de